



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 172
27. April 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. Am 25. Mai tritt die neue europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und damit einhergehend auch das Bundesdatenschutzgesetz neu in Kraft. Damit wird in allen Mitgliedsländern das gleiche Schutzniveau für personenbezogene Daten etabliert. Die DSGVO macht es erforderlich, dass Sie erneut bestätigen, mit dem Empfang meines Newsletters sowie weiterer Informationen und Veranstaltungseinladungen einverstanden zu sein. Hierfür ist eine kurze E-Mail an patrick.schnieder@bundestag.de ausreichend. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung jederzeit per E-Mail oder mit Klick auf den entsprechenden Button in der E-Mail mit der Sie den Newsletter erhalten, widerrufen. **Sollten Sie dies nicht tun, muss Ihre E-Mail-Adresse am 25. Mai automatisch aus dem Newsletter-Verteiler gelöscht werden.**

Ich danke Ihnen für Ihre Mithilfe und freue mich, Sie auch künftig mit aktuellen Informationen aus Berlin versorgen zu dürfen.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BERLIN I

Debatte über Überschneidung von Sitzungen im Bundestag



Mit Klick auf das Foto gelangen Sie zum Video meiner Rede.

Die AfD-Fraktion hat in dieser Sitzungswoche einen Antrag gestellt, in dem sie die zeitliche Überschneidung von Ausschusssitzungen mit Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag kritisiert. Sie fordert eine dementsprechende Änderung der Geschäftsordnung, sodass die Abgeordneten an allen Plenarsitzungen teilnehmen können.

Die Plenarsitzungen starten in Sitzungswochen immer Mittwochmittag mit der Regierungsbefragung. Donnerstags und freitags finden dann die Debatten über die Anträge der Fraktionen statt. Zeitgleich finden aber mittwochs und donnerstags auch Sitzungen einzelner Ausschüsse statt, beispielsweise die des Immunitätsausschusses, dem auch ich angehöre.

Der Gegenstand des AfD-Antrags steht

mit einer Frage im Zusammenhang, die mir auch immer wieder in Gesprächen mit Besuchergruppen gestellt wird. Nämlich diejenige, warum das Plenum bei Sitzungen oftmals nur sehr spärlich besetzt ist. Dies hängt damit zusammen, dass der Bundestag in erster Linie ein Arbeits- und kein Redeparlament ist. Denn die Hauptarbeit findet in den Ausschüssen statt. Dort sitzen die Fachpolitiker, diskutieren über Detailfragen der Anträge und laden beispielsweise Sachverständige hierzu ein, um sich ein fundiertes Meinungsbild zu machen. Dort findet die Sacharbeit statt, die jedem Plenarbeschluss vorangeht. Dies erfordert auch, dass jeder Abgeordnete mit seinem Fachgebiet bestens vertraut ist. Durch bloßes Absitzen der Zeit im Plenum ist dies nicht möglich. Selbstverständlich gehört die Debatte im Plenum

zu den Aufgaben einer Volksvertretung dazu. Hier werden die divergierenden Interessen für die Öffentlichkeit abgebildet. Ebenso kann sich die Öffentlichkeit ein Bild über die Beschlüsse des Parlaments und insbesondere über die Positionen der Fraktionen machen. Dieser Diskurs ist aber nicht ohne die Vorarbeit in den Fachausschüssen möglich. Aus diesem Grund ist es auch üblich, dass im Wesentlichen nur die jeweiligen Fachpolitiker bei der Debatte über ihr Fachgebiet anwesend sind. Es ist schlicht nicht möglich, dass jeder Abgeordnete in jedem Fachgebiet Experte ist. Angesichts der Vielschichtigkeit der diskutierten Fragen vertrauen wir daher auf das Wissen unserer jeweils zuständigen Kollegen in den Fraktionen. Das mag nicht unbedingt populär sein, hat sich in den vergangenen 70 Jahren aber bewährt und den Bundestag zu einem äußerst effizienten Parlament gemacht.

Hinsichtlich der Überschneidung von Sitzungen sieht die Geschäftsordnung des Bundestages bereits heute eine gute Regelung vor. Grundsätzlich können Ausschusssitzungen nur außerhalb der Plenarsitzungen stattfinden. Ausnahmen von dieser Regelung sind nur vorgesehen, wenn eine Fraktion eine Sondersitzung beantragt und der Bundestagspräsident diesem zustimmt oder eine Dauersitzungsgenehmigung erteilt wird. Letzteres wird beispielsweise im Bereich der Untersuchungsausschüsse praktiziert. So findet beispielsweise der Amri-Untersuchungsausschuss in Sitzungswochen am Donnerstag statt. Dies ist aufgrund des Arbeitspensums in der dort stattfindenden öffentlichen Beweisnahmen nicht anders zu machen. Die Sitzungen gehen oftmals bis Mitternacht. Auch die Sitzungen des Immunitätsausschusses müssen parallel zu den Plenarsitzungen stattfinden.

Denn die Beschlussempfehlungen des Ausschusses, beispielsweise zur Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten, müssen dem Plenum sofort zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der Vorschlag der AfD, mehr Sitzungswochen und weniger Nicht-Sitzungswochen abzuhalten, läuft ebenfalls ins Leere. Denn darunter würde die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten leiden. In der Debatte wurde deutlich, dass die AfD Nicht-Sitzungswochen für Urlaub hält und keinerlei Wahlkreisarbeit betreibt. Diese Auffassung spricht Bände hinsichtlich der Arbeitsmoral der AfD-Abgeordneten.

Aus diesen Gründen ist die Kritik der AfD an der gegenwärtigen Ausgestaltung der Terminordnung des deutschen Bundestages unbegründet und geht, wie dargestellt, an der Arbeits- und Funktionsweise des Parlaments vorbei.

BERLIN II

70 Jahre Israel!

Vor 70 Jahren wurde mit der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina der Staat Israel gegründet. Heute ist Israel die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten und gleichzeitig ein wichtiges Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft. Aufgrund der Gräueltaten des Nationalsozialismus ist das heutige Verhältnis zwischen Deutschland und Israel einzigartig und wir können wahrlich dankbar sein, dass wir mittlerweile derart freundschaftliche Beziehungen zu Israel pflegen. Die Beziehungen zu Israel nehmen ebenso eine ganz besondere Stellung in der deutschen Außenpolitik ein.

Wir stehen ganz entschieden für das Existenzrechts Israels ein. Das haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag erneut betont und gleichzeitig die Bundesregierung aufgefordert, „die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter zu erhalten, zu vertiefen, auszubauen und zu fördern“.

Die derzeitige Zunahme antisemitischer



Foto: Knig

Vorkommnisse ist in diesem Zusammenhang unerträglich. Zuletzt wurde ein Vorfall in Berlin bekannt, wonach ein syrischer Flüchtling einen Kippa tragenden Mann angegriffen hat. Schon bislang mussten jüdische Einrichtungen geschützt werden. Dass hierzu nun ein arabischer Antisemitismus hinzu kommt, ist nicht hinnehmbar. Als Gesellschaft müssen wir dem entschieden entgegen treten. Deshalb ist es wichtig, Zeichen zu setzen. Sei es durch Solidarisierungskundgebungen, wie sie diese Woche mit der Aktion „Berlin trägt Kippa“ stattgefunden haben, oder durch beherrschtes Eingreifen immer dann, wenn man Zeuge

von antisemitischen Beleidigungen oder Angriffen wird. Natürlich sind an dieser Stelle auch politische Maßnahmen notwendig. Beispielsweise sollten Straftaten und antisemitische Beleidigungen von Asylbewerbern zum sofortigen Verlust von Geldleistungen oder anderer Sanktionen führen. Wir benötigen konkrete Maßnahmen, um diesen Vorfällen Einhalt gewähren zu können.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

...hat die SPD gezeigt, dass sie aus ihren Fehlern lernt. Am vergangenen Sonntag wurde Andrea Nahles mit 66,35% zur neuen Vorsitzenden der SPD gewählt. Manch ein Genosse mag vielleicht gar nicht aus innerer Überzeugung gegen Nahles und für ihre Konkurrentin gestimmt haben, sondern im Willen und der Überzeugung, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. 100% können ja schonmal schief gehen. Also lieber: Je weniger, desto besser.

Aber bei aller (angebrachten) Häme, die für den politischen Konkurrenten gestattet sein darf, gratuliere ich Andrea Nahles zur Wahl ins neue Amt und wünsche ihr Erfolg. Ein Erstarren der SPD - in „sozialverträglichen“ Maßen - ist auch im Interesse unserer Demokratie. Zumal Konkurrenz ja schließlich das Geschäft belebt.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030/227 71881
 Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

BERLIN III

Deutschland wird sicherer

Diese Woche haben uns gute Nachrichten aus dem Bundesinnenministerium erreicht: Im Jahr 2017 ist die Anzahl der registrierten Straftaten so stark gesunken wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die Zahlen entstammen der Polizeilichen Kriminalstatistik, die Bundesinnenminister Horst Seehofer am 8. Mai mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz vorstellen möchte.

Im Vergleich zu 2016 hat die Gesamtzahl der Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr um 9,6 Prozent abgenommen. So ist die Zahl der Einbrüche bundesweit um mehr als ein Fünftel gesunken, in vielen Bundesländern bedeutete dies den stärksten Rückgang der letzten Jahrzehnte. Ebenso konnte die Zahl der Diebstähle um rund 12 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig war es den Sicherheitsbehörden möglich, deutlich öfter die Täter von Straftaten zu ermitteln, die Aufklärungsquote ist folglich auf 57 Prozent gestiegen.

Die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in besonderer Weise wichtige Kennziffer ist die Zahl der Gewaltdelikte. Dass auch dieser wichtige Indikator für die Häufigkeit von Gewaltkriminalität um 2,4 Prozent auf noch 189.000 Fälle zurückgegangen ist, ist hocherfreulich und ein klares Indiz dafür, dass die von der Union in den vergangenen Jahren beschlossenen Maßnahmen bereits zu wirken beginnen.

Am Beispiel der gesunkenen Einbruchszahlen zeigt sich, wie eine Vielzahl kleiner, stringenter Maßnahmen eine große Wirkung erzielen kann. Einbrüche in die eigene Wohnung bedeuten für die Betroffenen neben dem Verlust des Eigentums auch eine massive Verletzung der Privatsphäre, unter der viele Bürger jahrelang leiden. Wir haben daher in der vergangenen Legislaturperiode das Strafmaß erhöht, indem für den neuen Tatbestand des Einbruchdiebstahls in eine Privatwohnung eine Haftstrafe von mindestens einem Jahr gilt. Zudem hatte der vorherige Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Jahr 2016 gemeinsam mit den Innenminister der Länder die Sicherheitsbehörden

aufgerufen, ihre grenzübergreifende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch deutlich zu intensivieren, spezielle Sonderkommissionen zur Einbruchsprävention zu bilden und Softwareprogramme zur Einbruchprognose einzusetzen. So wurde es möglich, besonders gefährdete Regionen frühzeitig zu identifizieren und die Polizeipräsenz dort präventiv zu erhöhen. Schlussendlich hat die Union Bürger, die in technischen Einbruchschutz ihres Wohnraums investieren wollen, finanziell unterstützt. Das staatliche Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), mit dem einbruchhemmende Maßnahmen wie einbruchsichere Fenster und Türen gefördert werden können, wird seit der Auflegung im Jahr 2015 rege genutzt. Nachdem im Jahr 2017 bereits 44 Mio. Euro ausgezahlt wurden, hat die Union im Zuge der Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, die Förderung nochmals aufzustocken und auch auf Mehrfamilienhäuser auszuweiten.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen der Union wird ihre Wirkung erst noch entfalten. Die finanzielle und personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden ist beschlossen, 15.000 zusätzliche Polizisten werden in den nächsten Jahren ebenso ihren Dienst antreten wie die 2.000 zusätzlichen Richter, die die Union im Zuge des Paktes für den Rechtsstaat durchgesetzt hat. Dennoch ist die Kriminalitätsstatistik der Beleg, dass es sich in Deutschland nach wie vor sicherer lebt als in fast allen anderen Staaten der Erde.

Es war richtig und wichtig, dass die Union die Innere Sicherheit im vergangenen Bundeshaushalt zu einem Investitionsschwerpunkt gemacht hat. Doch wir sind noch nicht dort, wo wir hinmöchten. In Deutschland soll sich niemand unsicher fühlen, weder im öffentlichen Raum noch in den eigenen vier Wänden. Zu guter Letzt verfehlen sinkende Kriminalitätszahlen ihre Wirkung, wenn sich die Bürger dennoch unsicher fühlen. Gefühlte Sicherheit ist ebenso wichtig wie die tatsächliche Sicherheit. Allzu

leicht verfällt man dem Trugschluss, dass Deutschland von Jahr zu Jahr unsicherer werde. Auch wenn sich derartige Ahnungen nicht mit der kriminalistischen Wirklichkeit decken, sind sie nicht zu leugnen und somit kein eingebildetes, sondern ein sehr reales Problem. Die Ursache für diese Wahrnehmungsverzerrung hängt mit der verstärkten Sofortberichterstattung quer über alle Medienplattformen zusammen, die auf eine durch tragische Einzelfälle hochsensibilisierte Öffentlichkeit trifft. Wenn doppelt so viel über Straftaten berichtet wird, bekommt man zwangsläufig den Eindruck, dass sich auch die Zahl der Straftaten verdoppelt habe. Die Politik muss daher auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken, damit alle Menschen wieder das Gefühl haben, in Gefahrensituationen nicht alleine zu sein. Durch die Präsenz eines starken und handlungsfähigen Rechtsstaates im öffentlichen Raum wollen wir den Menschen die Angst nehmen. Denn für das öffentliche Leben gilt dasselbe wie für die Politik: Angst ist und bleibt der schlechteste aller Ratgeber.

BERLIN IV

Ortsgemeinderat Watzerath zu Besuch in Berlin

Foto: Schnieder

Mitglieder des Ortsgemeinderates Watzerath haben am heutigen Freitag den Deutschen Bundestag besucht. Im Gespräch haben wir uns über aktuelle politische Themen und meine Arbeit in Berlin ausgetauscht. Herzlichen Dank für den Besuch.